

2.7.1970

BASISGRUPPE SOZ/POL:

RESULTATE/ PERSPEKTIVEN



ARBEITSBERICHT

zur

Vollversammlung

DO., 2. July

Hörsaal, 1. St.

u. Melle Park 15

13^h

Inhaltsverzeichnis umseitig

Inhalt:

I Einleitung: Arbeitsergebnisse und Ziele der BA-Politik im Rahmen der Fachschaft S. 1

II Berichte der Arbeitsgruppen:

1. Zum Stand der Mobilisierungsschulung in den Mastgruppen (Grundstudienkollektiv "Grundbes.") S. 3

2. Grundstudienkollektiv "Empirie": S. 4

3. Das autonome Seminar (Sozialisationsbereich) S. 5

4. BA-Schulungsprogramm S. 8

III Zur Grenienpolitik des FS 12:

1. Drittelparität S. 9

2. Tentative S. 10

IV Neue Fachschaftsordnung S. 11

V Zur Reform des Grundstudiums:

1. Berlin / Dreikol S. 14

2. Göttingen / Saehge u. a. S. 17

3. Frankfurt S. 20

Arbeitsergebnisse und Ziele der BG-Politik im Rahmen der Fachschaftsarbeit
des SS 1970

Der inhaltliche Ausgangspunkt für die BG-Politik an unserem Institut nach dem Ende der Mobilisierungsphase war der Kampf gegen die kapitalistische Wissenschaftsverwertung und die Inangriffnahme der Reproduktionsfrage der revolutionären Intelligenz unter den Sozialwissenschaftlern. Durch Planung einer Berufsperspektive die langfristig im Zusammenhang mit der Studienreform des Instituts stehen sollte.

Die BG SozPol hatte zur Realisierung dieser Aufgabe Ende des WS 69/70 ein Arbeitsprogramm 1) vorgelegt und sich mit ihm in den Fachschaftsrat wählen lassen. Klar war dort formuliert, daß die BG nicht in der Lage sein würde, innerhalb eines Semesters und auf breitester Front eine Studienreform durchzuführen, sondern, daß erst einmal inhaltliche und didaktische Alternativen in Teilbereichen des Seminars praktisch erprobt werden müßten, gleichzeitig die Frage der Berufsperspektive bei Reflektion der hier stattfindenden Ausbildung in Angriff genommen werden müßte.

Hierzu organisierte die BG/Fachschaft auf verschiedenen Ebenen alternative Arbeitsansätze: 2)

- so wurde versucht, schon im Grundstudium die eklektische Erarbeitung und Vermittlung von instrumentalierbarem Detailwissen (Grundbegriffe) mit der Vermittlung eines Grundverständnisses der Gesellschaft unter Berücksichtigung des Marxschen Ansatzes zu konfrontieren. Diese Arbeit wurde in den sog. Marxgruppen des Pflichtseminars "Grundbegriffe" mit ca. 240 Studenten durchgeführt.

- Denjenigen Studenten, die schon im WS 69/70 über diesen kritischen Ansatz (Geschichte der Soziologie) ein Problembewußtsein entwickelten, wurde im Rahmen des Mentorenprogramms eine Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie ermöglicht. Diese Grundschulung ist Grundlage, um die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft aus dem Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital erklärbar zu machen. An diesen Schulungsgruppen nahmen etwa 25 Studenten teil.

- Parallel zur alternativen Einführung ins Grundstudium verfolgte hauptsächlich die Neubestimmung der Berufsperspektive der Sozialwissenschaftler. Dieses sollte im Zusammenhang mit einer praktischen Klassenanalyse geleistet werden, d.h. der praktischen Arbeit - die gleichzeitig Unterstützung für proletarische Organisationsansätze leitet - war die Berufsperspektive zu entwickeln. Die praktische Arbeit sollte so beschaffen sein, daß die Arbeitsteilung der zerstreuten Einzelwissenschaften tendenziell aufgehoben und eine Untersuchungstätigkeit vorgenommen wird, die die "objektiven Bedingungen, an welchen Strategien der Bewußtmachung von Konflikten sowie von politischen Aktionsformen zu orientieren hätten", bloßgelegt. (Soz. Pol. Programm).

Die Genossen und Kommilitonen für diese Aufgaben vorzubereiten und zu qualifizieren, sollten zwei autonome stud. Proseminare ("Klassentheoretische Einschätzung der spätkapitalistischen Gesellschaft" und "Soziologie der politischen Bildung") eingerichtet werden. Das Klassentheorie-Seminar allerdings scheiterte wegen mangelnder Vor-Qualifikation der Vorbereitungsgruppe und aus diversen anderen Gründen.

1) Arbeit und Perspektive der BG Soz. Pol. (noch in der Fachschaft zu haben)

2) Über alle Arbeitsgruppen folgen nach dieser Einleitung ausführliche Berichte

Das Polit-Bildungs-Seminar wurde aber durchgeführt, nachdem eine grobe Analyse der Situation am Soz. Pol. -Institut ergab, daß über die Hälfte der Studenten am Soz. Pol. -Sozialkunde- oder Gemeinschaftskundelehrer (PI oder HL) werden wollte.

- Zur Frage der Berufsperspektive für die Sozialwissenschaftler konnten nur zu einem Teilbereich ihrer Ausbildung - dem instrumentellen Grundwissen der Sozialforschung - zwei Arbeitsgruppen mit einer vorläufigen Arbeitsperspektive aufgebaut werden. Diese beiden Gruppen, die aus der Vorlesung zur Einführung in die Empirie hervorgegangen sind - etwa 20 Studenten - werden in einer an der Praxis orientierten Kritik an den Methoden der Sozialwissenschaften die Reproduktionsfrage für kritische Sozialwissenschaftler in Rahmen der Städteplanung zu kären versuchen.

Alle diese Ansätze und Arbeitsgruppen werden auch im WS 70/71 fortgesetzt werden.

Neben diesen inhaltlichen Zielorientierungen wurden auch neue didaktische Verfahren durchgeführt. Die Auswertungen der Erfahrungen über die Arbeit in kleinen Gruppen unter Anleitung von stud. Aktivisten ist noch nicht abgeschlossen und kann deshalb erst später veröffentlicht werden. Da unsere Arbeit (so systematisch) erst ein Semester alt ist, d. h. ein Monate, da sie weiterhin nur Teilbereiche des Grundstudiums erfaßte, können wir auch heute noch nicht einen für alle Studenten gültigen Reformvorschlag des Grundstudiums machen. Um aber unsere eigenen Zielvorstellungen und bisherigen Erfahrungen mit in anderen Universitäten heute diskutierten Reformvorschlägen des Grundstudiums zu vergleichen und auf breiter Basis auch hier zu diskutieren, veröffentlichen wir solche neueren Vorschläge im Anhang. Dieses ist umso notwendiger, da jetzt anscheinend vom Lehrkörper alle möglichen Veränderungen ausgemuschelt 3) und in den von ihnen völlig beherrschten Gremien sanktioniert werden sollen. Über unsere Erfahrungen in diesen Gremien und die klägliche Rolle der "unabhängigen" stud. Vertreter (Fachschaftsrat zur Drittelparität, im Institutsrat zum Fall Teuteberg) berichteten wir schon in extra Flugblättern, sie sind im Anhang ebenfalls beigefügt. Wir brauchen eine umfassend informierte und aktiv organisierte Basis, bevor wir wieder in den Gremien Politik machen wollen. Wir werden, soweit die VV uns weiterhin in den Fachschaftsrat wählt, die oben aufgezeigten bisherigen Arbeitsansätze und Fragestellungen weiter verfolgen und auch - wie schon in diesem Semester - weitere Interessen der Studenten (Studienberatung, Literaturbeschaffung, Unterstützung in Konflikten - wie ZP bei den Politologen, der Fall Teuteberg bei den HL) vertreten.

3) hierüber ausführliche Informationen auf der VV

ZUM STAND DER MOBILISIERUNGSSCHULUNG IN DEN MARXGRUPPEN

1. Zielbestimmung
2. Arbeitsverlauf
3. Ergebnis, weitere Perspektive

zu 1.)

Die Zielbestimmung der Basisgruppe Soz/Pol bei der Entwicklung und Durchführung der Mobilisierungsschulung muß im Rahmen des Versuchs gesehen werden, die antiautoritäre Revolte in einer sozialistischen ^{Kämpfe} zu überführen. Dies Bestreben hatte auf nationaler Ebene die "Schulungswelle" zur Konsequenz. Die arbeitenden Gruppen erkannten, daß die permanente Mobilisierung zur Aktion genug in Bewegung gebracht hatte, daß es nun darum gehen mußte, über die Uni hinausweisende politische Perspektiven der Veränderung und Organisierung zu entwickeln. Eine die Totalität der Gesellschaft erfassende Veränderung kann aber nur das Proletariat tragen - ein Prinzip des wissenschaftlichen Sozialismus, das dem Studenten nach gutbürgerlicher Sozialisation nicht so ohne weiteres einsichtig sein kann. Ihm soll kein Proletkult abverlangt werden, sondern eine intensive Beschäftigung mit dem Marxismus-Leninismus, der als einziger eine umfassende Theorie der gesellschaftlichen Veränderung bietet. Von dieser Grundlage aus kann erst die Überprüfung der marxistischen Theorie in der Klassenanalyse erfolgen.

Seit zwei Semestern trägt die BG Soz/Pol die Mobilisierungsschulung in der Form der 'Marxgruppen', die sich innerhalb von Massenseminaren konstituieren. Hier wurde begonnen, die wesentlichen Grundlagen und politischen Funktionen des wissenschaftlichen Soz. aufzuzeigen. Im SS 70 geschah das in zwei Phasen: 1. historischer Materialismus und kleine ökonomische Schriften, 2) einige bürgerliche Theorien der sozialen Ungleichheit (dies, weil aus der Erfahrung des Ws die Notwendigkeit entstanden war, die Umsetzung der erarbeiteten Theorien, zB in der Ideologiekritik an den Bürgerlichen, im Kollektiv zu erlernen.

zu 2.)

In diesem Semester war der Andrang zu den Marxgruppen (MG) im Proseminar "Grundbegriffe" so groß, daß er die Kräfte des initiierenden Grundstudienkollektive arg beanspruchte: statt der erwarteten und erhofften 50 Leute kamen etwa 250!!

Deshalb wurden anfangs zum einen die rigiden Leistungsanforderungen gestellt, die verhindern sollten, daß wir unserer Arbeit auf baldige Karteileichen verschwendeten. Zum andern gelang es vor allem durch die Organisation von 15 Marxgruppen, die jeweils einen Leiter hatten, diese Lage zu bewältigen. Die MG-Leiter trafen und treffen sich regelmäßig und verbindlich zu koordinierender und vorbereitender Arbeit.

Der konkret politische Charakter der Mobilisierungsschulung konnte in den Gruppen ansatzweise vermittelt werden. In diesen Zusammenhang gehört die Kambodscha-Demonstration, wo die BG mit den Marxgruppen einen Marschblock bildete.

Die Schulung wurde in den MGs kontinuierlich durchgeführt und nähert sich dem Ende des Programms.

zu 3.)

Um denjenigen Studenten der MGS, die bereit sind, weiter politisch zu arbeiten, eine organisatorische Perspektive zu geben (im Unterschied zum vorigen Semester), wurden nach Beendigung des ersten Schulungsabschnitts die interessierten Studenten in zwei 'Marx-kerngruppen' zusammengefaßt.

Beide Gruppen werden sich für die weitere Arbeit an der Uni in Ausrichtung auf die außeruniversitären Erfordernisse des Klassenkampfes qualifizieren.

Die MKG "Hauptfachsoziologen" wird über Vertiefung der Grundschulung und weitere spezielle Schulung über die Klassenlage der Intelligenz (besonders der Sozialwissenschaftler) eine Funktionsbestimmung der Intelligenz im Klassenkampf anstreben. Damit einhergehen soll die Diskussion zur Organisationsfrage und zur Prüfung heutiger revolutionärer Praxisansätze.

Die MKG "Sozialisation" versucht, die Stellung des Lehrers im Verwertungsprozeß des Kapitals abzuklären und die bisherigen Erfahrungen revolutionärer Praxis in Kinder- und Jugendarbeit aufzuarbeiten.

- - - - -

ZU DEN EMPIRIE-ARBEITSGRUPPEN

In der Erkenntnis, daß es historisch notwendig ist, eine materialistische Wissenschaft zu entwickeln, die zugleich Analyse der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft und praktische Anweisung für den Kampf der unterdrückten Klassen um die proletarische Herrschaft ist, entstanden für die Vorlesung "Einführung in die Methoden der empirischen Forschungsarbeit" zwei Empirie-Arbeitsgruppen. Diese Arbeitsgruppen begannen, durch Kritik der erkenntnistheoretischen Grundlagen und durch Gegenüberstellung der bürgerlichen Sozialforschung mit sozialrevolutionären Experimenten der Berliner Studenten einen Beitrag zur späteren Berufspraxis der Soziologen zu liefern. Daraus entwickelte sich die Einsicht, daß die Berufsmöglichkeiten noch während des Studiums praktisch erprobt werden müssen, um einmal festzustellen, welche Möglichkeiten Sozialwissenschaftler haben, in Zusammenhang mit einer proletarischen Organisation für radikale gesellschaftliche Veränderungen wirken zu können.

Was bedeutet dies für die Empirie-Gruppen?

1. Erarbeitung der Methoden der empirischen Sozialforschung und ihre praktische Erprobung
2. Ideologiekritik der bürgerlichen Sozialforschung und Klärung des Unterschieds zwischen der bürgerl. Sozialforschung und dem Berliner Ansatz (ihre fehlende Gesellschaftstheorie, undialektisches Verhältnis im Untersuchungsprozeß, kapitalistische Verwertung der Ergebnisse)
3. Information und Aufarbeitung des Stadt-soziologischen Forschungsseminars Osdorfer Born
4. eine Kommission erarbeitet eine Zielperspektive für den Aufbau von Stadtteilkomitees aus. Aufarbeitung des Materials über Stadtteilarbeit in Berlin und München
5. Erstellung eines Untersuchungsprogramms, dessen Ziel es ist:
 - a) über Konfliktkampagnen im Wohnbereich (Mieten, Gesundheitsversorgung, Ausbildung usw) Arbeiter und Angestellte für das SALZ zu gewinnen.
 - b) im Rahmen der Untersuchungsprogramme Berufsmöglichkeiten für Sozialwissenschaftler zu ermitteln.
6. Rückvermittlung in der Vorlesung

Zum WS soll versucht werden, die Perspektiven dieser Sozialforschung zu institutionalisieren. Die Inhalte müssen auf die Erfordernisse der proletarischen Organisation (SALZ) ausgerichtet werden.

Bericht über das Proseminar "Soziologie der politischen Bildung"
und über die Arbeit und Perspektive der BG Soz/Pol im Sozialisationsbereich

Nachdem sich die Basisgruppe Soz/Pol in den Semesterferien nach dem SS 69 personell umstrukturierte, wurde eine Neubestimmung der Politik am Institut vorgenommen und eine dementsprechende Strategie verfolgt. Die Neubestimmung der Politik und Strategie beruhte im wesentlichen auf einer Analyse der Berufsperspektive (Berufsaussichten und -praxis) der Sozialwissenschaftler. Nach der Aufarbeitung des Materials und nach einer eingehenden Diskussionsperiode wurde klar, "daß die objektive Funktion (soziale Regeltechnik) und die horizontale Streuung der Sozialwissenschaftler eine emanzipatorische Berufspraxis verunmöglichen". (Siehe Arbeit und Perspektive der BG Soz/Pol, WS 69/70, S. 1)

Die Hauptintention der BG Soz/Pol lag zu jener Zeit in der Neubestimmung der Berufsperspektive der Sozialwissenschaftler. Diese sollte im Zusammenhang mit einer praktischen Klassenanalyse geleistet werden, d.h. in der praktischen politischen Arbeit am Institut wäre die neue emanzipative Berufsperspektive zu entwickeln. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollten schon während des Studiums angewandt werden und damit eine Veränderung der Lehrinhalte und der Studiensituation nach sich ziehen. Die praktische Arbeit sollte darüber hinaus die Arbeitsteilung der verstreuten Einzelwissenschaften tendenziell aufheben und eine Untersuchungstätigkeit einleiten, die die "objektiven Bedingungen, an welchen sich Strategien der Bewußtmachung von Konflikten sowie von politischen Aktions- und Organisationsformen zu orientieren hätten", bloßlegt. (Arbeit und..., S.5)

Aufgrund der relativ personellen und theoretischen Schwäche der BG Soz/Pol konnte am Soz/Pol-Institut die Arbeit nicht auf allen Ebenen in Angriff genommen werden. Um erst einmal die Genossen aus den sogenannten Marx-Gruppen des WS 69/70 für die kommenden Aufgaben vorzubereiten und zu qualifizieren, sollten zwei autonome studentische Proseminare ("Klassentheoretische Einschätzung der spätkapitalistischen Gesellschaft" und "Soziologie der politischen Bildung") eingerichtet werden. Das Klassentheorie-Seminar allerdings scheiterte, nachdem u.a. die Initiativgruppe in der Vorbereitungsphase einsah, daß sie über eine zu geringe Vor-Qualifikation verfügte.

Nachdem eine grobe Erhebung über die Situation am Soz/Pol-Institut ergab, daß weit über die Hälfte der Studenten Sozial- oder Gemeinschaftskunde-Lehrer werden wollte, wurde das Polit-Bildungs-Seminar in den letzten Semesterferien vorbereitet und in diesem Semester auch durchgeführt. Wir veranstalteten dieses Seminar trotz einer Ablehnung eines diesbezüglichen studentischen Antrags durch die erzreaktionäre Ordinarienclique und durch die Assistenten (bis auf wenige löbliche Ausnahmen), die auch hier - wie so oft - zeigten, auf wessen Seite sie eigentlich stehen.

Wir erkannten durchaus die Funktion, die ein Sozialkunde- oder Gemeinschaftskundelehrer an der Schule einer kapitalistischen Gesellschaft zu erfüllen hatte: "Der Sozialkundelehrer erfüllt im Sozialisationsbereich eine systemstabilisierende Funktion mit Hilfe ideologischer Lehrinhalte", gaben aber darauf eine Alternative, die letztlich unter den gegebenen Bedingungen im Reformismus enden mußte, was uns aber bei dem damaligen Diskussionsstand in der BG Soz/Pol nicht auffiel: "Durch ein kritisches Gegenprogramm, entwickelt im Zusammenhang mit Schülern und Lehrern, kann der Sozialkundeunterricht ein emanzipatorisches Moment werden." (Arbeit und ..., S.5)

Die Perspektive der politischen Arbeit der Lehrer wurde daraufhin schon ansatzweise richtig skizziert: "Da es möglich ist, die späteren Sozialkundeführer schon im Studium zu organisieren und sie innerhalb einer Gruppe von Lehrern oder einer Stadtteilbasisgruppe genügend Rückhalt finden können, läßt sich für sie schon eine Perspektive für die Arbeit an der Uni in Bezug auf ihren späteren Beruf angeben." (Zitiert aus dem Programm des Polit-Bildungs-Seminars) Die Funktion des Seminars wurde wie folgt umrissen:

- " 1. Es (das Seminar) soll genauer bestimmen, welche Funktion die Sozialkunde in Bezug auf die Sozialisation und Ausbildung von Arbeitskräften hat, wie, d.h. durch welche Inhalte und Methoden sie diese verwirklichen soll, und wie sich das in der Praxis auswirkt.
2. Es soll die Ausbildung der Studenten an der Uni untersucht werden, inwieweit sie durch Lehrinhalte bzw. Ausklammerungen die Sozialkundeführer auf eben diese Funktion vorbereitet.
3. Es sollen Grundlagen ausgearbeitet werden für eine Kritik der Lehrinhalte am Soz/Pol-Institut (Familiensoziologie, Sozialisationstheorie, Parlamentarismusverständnis, Theorie), die eine Praxis und Agitation im nächsten Semester ermöglichen.
4. Es soll die Organisierung einer Gruppe eingeleitet werden, die qualitativ und quantitativ in der Lage ist, die politische Arbeit im Sozialisationsbereich aufzunehmen." (Aus dem Programm des Polit-Bildungs-Seminars)

Aus diesen Ansätzen unserer Arbeit geht hervor, daß wir die Diskussion über die revolutionäre Berufsperspektive der Studenten am Soz/Pol-Institut isoliert führten, d.h. eingegrenzt nur für den Bereich der Uni. In der Diskussion wurde ständig der objektive Stand, d.h. das historische Stadium der Klassenkämpfe in der BRD außer acht gelassen. Die eigentliche Aufgabe, die noch zu leisten ist, wurde dadurch gar nicht mitreflektiert: Die Organisierung des revolutionären Subjektes in der kapitalistischen Gesellschaft, nämlich des Proletariats, d.h. der Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei in der BRD. Daß auch noch so "revolutionäre" Studenten mit Lehrer-Berufsperspektive dies nicht zu leisten vermögen, ist klar. Nur ist die Frage zu stellen, wie das Verhältnis zwischen diesen Studenten und den revolutionären Organisationsansätzen des Proletariats in der jetzigen Phase aussehen soll und welchen Beitrag diese Studentenorganisationen beim Organisationsprozeß zu leisten imstande sind. Erst aus der Klärung dieses Verhältnisses heraus kann z.B. die Frage nach der Organisierung der sozialistischen Lehrer auf einer höheren Ebene gelöst werden. Die Behandlung dieses Problems ist derzeit absolut vorrangig und muß für die Lehrerstudenten durch die Erkenntnisse aus ihrer Praxis gelöst werden.

Da wir diese neuen Aspekte bei der Konzipierung des Polit-Bildungs-Seminars unberücksichtigt ließen, geriet es in die Gefahr, sich in die reformistische Sackgasse hineinzumanövrieren. Das Seminar konnte unter jener Funktion nicht über das handwerklerische Stadium hinauswachsen. Man kann innerhalb des Seminars und in den Gruppen nur akademische Diskussionen führen, die zwar einige noch bestehende Illusionen über die Funktion und Praxis des Sozialkundeunterrichts zerstören können, aber nicht unmittelbar in eine revolutionäre politische Praxis münden. Allein aus dem Aufarbeiten linker und liberaler Literatur über Bildungsökonomie, Sozialisationsfunktion der Schule, Polit-Didaktik, Schulbuch- und Lehrplananalysen kann keine Praxis und Perspektive für eine sozialistische Lehrerorganisation abgeleitet werden. Das kann nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Praxis des sich organisierenden Proletariats geschehen. Diese Praxis fehlte aber von vorn herein und ihre Möglichkeit wurde von Anfang an zu wenig reflektiert.

Unter der alten Funktionsbestimmung des Seminars konnten die jetzt auftauchenden Fragen auch nicht beantwortet werden: Wie soll die praktische Arbeit des sozialistischen Lehrers beschaffen sein? Wie sollen sich sozialistische Lehrer organisieren? Wie soll die Arbeit im Zusammenhang mit den proletarischen Organisationsansätzen erfolgen? Ist eine revolutionäre Praxis in den Schulen überhaupt möglich oder kann es sie zunächst nur außerhalb der Schulen geben?, etc. Diese Fragen sind nicht allein am Schreibtisch zu lösen oder im Seminarraum, sondern nur im Zusammenhang mit einer praktischen revolutionären Arbeit.

Durch die Neubestimmung der Politik des SALZ (Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum) und des mit ihr einhergehenden Umstrukturierungsprozesses der Organisation, ergibt sich nun die Möglichkeit und die Bereitschaft, im Rahmen der Bezirkszellen des SALZ eine praktische Arbeit im Sozialisationsbereich in Angriff zu nehmen. Da das SALZ in der derzeitigen Organisationsphase nicht in der Lage ist, die praktische Arbeit selbst aus eigener Kraft in Angriff zu nehmen oder unmittelbare Handlungsanweisungen für die sozialistischen Studentenorganisationen an der Uni zu geben, bleibt den jetzt im Aufbau befindlichen Sozialisationsgruppen (Gruppe Sozialisation in der Zelle Produktion (ZP) und der BG Soz/Pol, Koordinationsausschuß des Polit-Bildungs-Seminars, Marx-Kerngruppen/Sozialisation (MKG/Soz)) vorerst nur die Möglichkeit, diese Arbeit vorzuplanen und Praxisfelder abzustecken. Das langfristige Ziel jedoch ist der Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation, das frühestens nach einem Jahr in die Praxis umgesetzt werden kann. Es läßt sich aber schon jetzt abschätzen, daß die theoretische Vorarbeit relativ viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

Durch diese Perspektive hat die Sozialisationsgruppe der ZP und der BG Soz/Pol eine qualitativ vollkommen neue Funktionsbestimmung für den Sozialisationsbereich und seinen Praxisfeldern abgeleitet. Dies geschah aber zu einem Zeitpunkt, wo das Polit-Bildungs-Seminar unter der alten Konzeption und Funktion schon mit der Arbeit weit fortgeschritten war. Der oben skizzierte Lernprozeß vollzog sich nur für die Genossen aus der ZP bzw. aus der BG Soz/Pol, die aber keine Möglichkeit mehr sahen, wie man diesen Lernprozeß noch in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit (bis Ende des SS 70) im Seminar vermitteln könnte, um damit klären zu können, warum man einen falschen Ansatz wählte und nun unter einem neuen arbeiten muß.

Dieser Diskussionsprozeß wurde jedoch in den Koordinationsrat des Polit-Bildungs-Seminar hineingelegt, in dem die aktivsten und bewußtesten Genossen des Seminars zusammengefaßt sind. Der Koordinationsrat wurde versuchsweise das Diskussionszentrum für die zukünftige Arbeit der Soz/Pol-Lehrerstudenten im Sozialisationsbereich. Nach der Konstituierung der MKG/Soz wird sich das Diskussionszentrum erweitern. Bis zum Ende der Semesterferien (Sommer 1970) soll sich eine feste Organisation für den Sozialisationsbereich herausgebildet haben, die dann die inhaltliche Arbeit in den kommenden Semestern vorantreiben kann.

Hamburg im Juni 1970

4. SCHULUNGSPROGRAMM DER BG SOZ/POL FÜR DIE MARX-GRUPPEN¹⁾ ZU:
"GRUNDBEGRIFFE DER SOZIOLOGIE" UND FÜR DIE MENTORENGRUPPEN

I. Historischer Materialismus

1. Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, AUSZUG aus: Fischer-Band Marx/Engels Studienausgabe I, S.164-170
2. Die deutsche Ideologie, AUSZUG (a.a.O. S.86-101)
3. Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, siehe DAS KAPITAL Bd.1 (MEW 23), Kap. 24, S.741-791
4. Manifest der Kommunistischen Partei, AUSZUG, I. Teil, Bourgeois und Proletarier
5. Zur Kritik der politischen Ökonomie, AUSZUG aus dem Vorwort

II. Politische Ökonomie

1. Die Ware, siehe DAS KAPITAL Bd.1 (MEW 23) Kap.1 , 1.u.2. Teil S. 49-61, AUSZUG
2. Wert und Arbeit, in LOHN, PREIS UND PROFIT (L, P & P), Kap. 6
3. Austauschprozess, Geld, Warenzirkulation, Verwandlung von Geld in Kapital, Zusammenfassung aus MEW 23, Kap. 2-4
4. Die Arbeitskraft, in L, P & P , Kap. 7
5. Die Produktion des Mehrwerts, in L, P & P , Kap. 8
6. Der Wert der Arbeit, in L, P & P , Kap. 9
7. Arbeitsprozess und Verwertungsprozess, ZUSAMMENFASSUNG aus MEW 23, Kap. 5
8. Profit wird gemacht durch den Verkauf einer Ware zu ihrem Wert, in L, P & P , Kap. 10
9. Die Rate des Mehrwerts, AUSZUG aus MEW 23, Kap.7, S.226-232 und S.243-244 (4. Teil)
10. Das allgemeine Verhältnis zwischen Profiten, Arbeitslöhnen und Preisen, in L, P & P , Kap. 12
11. Absoluter und relativer Mehrwert, siehe "Zettelkasten zum Kapital", S. 11-13 und MEW 23, Kap. 14
12. Einfache Reproduktion, Verwandlung von Mehrwert in Kapital, Akkumulation des Kapitals, ZUSAMMENFASSUNG aus MEW 23, Kap. 21 - 23
13. Profit, Durchschnittsprofit und Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, ZUSAMMENFASSUNG aus DAS KAPITAL Bd. III (MEW 25), Kap. 8-15
14. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, (W.I. LENIN)

III. Staats- und Revolutionstheorie

(Programm wird vorbereitet)

1) Die "Marx-Gruppen" schliessen das Programm mit I. 5. ab.
Die Schulung in den Mentorengruppen im SS 70 umfasst die Abschnitte I und II. Die Schulung zum Abschnitt III findet erst im WS 70/71 statt. Zur politischen Begründung dieses Programms siehe Arbeitspapiere und Infos der FS/BG soz/pol.

DRITTELPARITÄT IM FBR ABGELEHNT!

Auf der letzten Sitzung des FBR stimmte der Block der reaktionären Ordinarien (Ausnahme Tausch) mit Dozenten und Assistenten geschlossen gegen den studentischen Antrag auf Drittelparität. Die lächerliche Argumentation, mit der der Antrag abgelehnt wurde

- wir (die Dozenten und Professoren) sind doch gar keine geschlossene Gruppe
- durch die Drittelparität wird die Freiheit von Forschung und Lehre gefährdet, die Studenten könnten sich in Dinge einmischen, die sie nichts angehen (Habilitationen- und Prüfungsfragen)

bestätigte nur die Erfahrungen, die wir im FBR gemacht haben.

Außer der Abschaffung der Zwischenprüfung, die unter massivem Druck der Politologiestudenten und durch die Situation in anderen Instituten (überall war die ZP abgeschafft worden) durchgesetzt werden konnte, wurden alle relevanten studentischen Forderungen unter den Tisch gewischt (siehe Ablehnung der autonomen studentischen Seminare bei den Soziologen).

Eine Kooperation mit den Assistenten war nicht möglich, da sie zumindest was studentische Forderungen betrifft getreu mit ihren Herrn und Meistern stimmten. Stets standen 5 gegen 25 Stimmen. Die Durchsetzung der Drittelparität hätte daher bei der jetzigen personellen Zusammensetzung nichts grundsätzliches verändern können, sie hätte jedoch wenigstens einige Möglichkeiten offen gelassen.

Hinzu kam die schlechte Zusammenarbeit zwischen den Studenten selbst. Die Versuche der DA-Vertreter, sich ständig in den Vordergrund zu spielen (durch Nichteinhalten von gemeinsamen stud. Absprachen und Entwürfen) und ihre kompromißlerische Tätigkeit in den Ausschüssen verstärkten die Sicherheit der Ordinarien.

Zum größten Teil aber bestand die Arbeit im FBR aus ermüdendem Kleinkram; den ständigen Querelen zwischen Professoren, die wenn es um die Wahrung ihrer Privilegien gegenüber anderen Feudalherren geht, sich bekämpfen und ebenso uneinig sind, wie sie sich gegenüber der Verhinderung stud. Forderungen einig sind; den laufenden Verletzungen der primitivsten Regeln der Diskussionsführung durch Menne (Unterbrechungen der Redner, Vorzug von Professoren, Nichtabstimmung stud. Anträge usw.usw.)

Die Einschätzung der Gremien (Institutsrat, FBR) als Integrations- und Absorptionsinstrumente politischer Aktivitäten hat sich zumindest für unseren FBR eindeutig bestätigt!

Die Ablehnung der Drittelparität und auch des später von den Assistenten gestellten Antrags auf Viertelparität fordert nun Konsequenzen für unsere weitere Arbeit.

Um uns nicht weiter als demokratisches Aushängeschild mißbrauchen zu lassen, ziehen wir die Folgerung

KEINE AKTIVE MITARBEIT MEHR IN DEN GREMIEN, BESCHRÄNKUNG AUF SAMMLUNG VON INFORMATIONEN!

Eine Ausnahme bildet dabei die Studienreformkommission (1/2 Parität) in der wir noch weiter mitarbeiten werden.

Vertreter der Basisgruppen

ZUM FALL TEUTEBERG

Mit der Sprengung des Fachbereichsrats durch die Studenten des Proseminars "Wirtschafts- und Sozialgeschichte" erreichte der Konflikt zwischen Studenten und Ordinarien nach der Zwischenprüfungskampagne einen erneuten Höhepunkt. Folgende Entwicklung war vorangegangen:

Seit mehreren Semestern müssen die Studenten im Seminar 'Wirtschafts- und Sozialgeschichte eine Seminarführung hinnehmen, die es als ihre primäre Aufgabe betrachtet, ein Loblied auf die kapitalistische Wirtschaft zu singen, jede marxistische Literatur von vornherein als "unwissenschaftlich zu diffamieren und jenen Studenten mit Scheinentzug droht, die bei ihrer Arbeit dennoch solche Literatur verwenden oder die herrschende Seminarpraxis in Frage stellen.

Sie haben es bislang hingenommen, weil sie durch Herrn Teuteberg, den Leiter des Seminars unter extremen Leistungsdruck gesetzt wurden. Die Studenten des Pro I hielten die Situation in diesem Semester für nicht mehr tragbar und beschlossen in einer Resoluition das Seminar ohne Herrn Teuteberg weiterzuführen und im FBR eine Kommission einzusetzen zu lassen, die gegen Ende des Semesters die Referate beurteilt und Scheine ausstellt.

Als die Studenten einen entsprechenden Antrag im FBR stellten, wurde die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes sofort in den nicht-öffentlichen Teil gelegt, um die geplante Niederstimmung des Antrags nicht vor den betroffenen Studenten rechtfertigen zu müssen. Da diese Praxis aufgrund der stud. Erfahrungen im FBR hinreichend bekannt war, stellten die Studenten, nachdem sich der FBR durch Vertagung des TOPs einer Stellungnahme entziehen wollte, die Öffentlichkeit her und forderten Diskussion des Antrags.

Fluchtartig verließ der größte Teil des FBR den Saal.

Auf der kurz darauf einberufenen Institutsratssitzung, die trotz Mennes hinterlistigem Versuch dies zu verhindern öffentlich tagte, wurde in Anwesenheit von Teuteberg und den Studenten des Pro I die Situation im Seminar und der Antrag der Studenten diskutiert. An der Rücken- deckung, die Teuteberg durch Mitglieder des Lehrkörpers erhielt, wurde deutlich, daß der Fall Teuteberg ein Fall apologetischer Wissenschaft ist, wie sie an unserem Institut ausschließlich herrscht, nur daß Teuteberg von anderen Dozenten seine plumpe und allzu offensichtliche Methode unterscheidet. Daher kann die momentane Lösung des Konflikts Teuteberg keine Lösung für die Lehr- und Forschungspraxis unseres Instituts sein. Die Studenten des autonomen Seminars "Wirtschafts- und Sozialgeschichte" werden eine veränderte Konzeption solcher Seminare - inhaltlich und didaktisch - diskutieren und im nächsten Semester durchsetzen.

Entlarvend war die Rolle, die die sog. studentischen Vertreter im FBR spielten. Sie unterstützten den vorher zwischen ihnen und Bernbach ausgeklügelten Antrag, dessen Konsequenz die Fortsetzung der Misere gewesen wäre (Weiterführung des Seminars unter stud. Diskussionsleitung und Anwesenheit Teutebergs, Zensierung der Referate von Teuteberg, Apellationsausschuß), obwohl die anwesenden Studenten des Pro I einstimmig für den Antrag von Friedrichs, gestimmt hatten.

Damit haben sie gezeigt, daß sie nicht im geringsten bereit sind, sich nach den Forderungen der Basis zu richten, sondern vor allem ihre Karriere im Auge haben.

Im FBR wurde dann der Antrag Friedrichs angenommen (bzw. zur Kenntnis genommen).

Durch ihr gemeinsames Auftreten ist es den Studenten gelungen, ihre

FACHSCHAFTSORDNUNG DER STUDENTENSCHAFT DES SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN
SEMINARS DER UNIVERSITÄT HAMBURG

I. Aufgaben der Fachschaft

1. Die Fachschaft nimmt die gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder wahr. Die Fachschaft soll insbesondere
 - die wissenschaftliche Ausbildung ihrer Mitglieder fördern
 - das Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber Hochschule und Gesellschaft im Sinne des Art. 1. der Satzung der Studentenschaft vermitteln
 - die Arbeit der ihr als Mitglieder angehörenden studentischen Vertreter in den Fachbereichs- und Institutsräten sowie in deren Ausschüssen koordinieren und beraten.
 - die Arbeit studentischer Arbeitsgruppen fördern
 - mit anderen fachlichen Organisationen sowohl der Hamburger Studentenschaft als auch anderer Studentenschaften zusammenzuarbeiten.

II. Mitgliedschaft

2. Jeder in Hamburg immatrikulierte Student, der im laufenden Semester eine Veranstaltung des Sozialwissenschaftlichen Seminars belegt ist Mitglied dieser Fachschaft. Gasthörer haben nicht das aktive und passive Wahlrecht bei der Bildung der Fachschaftsorgane. Sie sind jedoch berechtigt, wie ordentliche Studierende von den Einrichtungen der Fachschaft Gebrauch zu machen.

III. Fachschaftsorgane

3. Fachschaftsorgane sind die Mitgliederversammlung (MV) und der Fachschaftsrat (FSR).
 - (1) Mitgliederversammlung:
 - A) Einberufung und Beschlussfassung
 - Aa) Die Einberufung einer Mitgliederversammlung erfolgt auf Beschluss des Fachschaftsrates oder auf Verlangen von 25 Fachschaftsmitgliedern.
 - Ab) Mitgliederversammlungen müssen mindestens einmal im Semester stattfinden.
 - Ac) Eine ordnungsgemäße Mitgliederversammlung muss mindestens eine Woche vorher durch schriftliche Plakate bekanntgegeben werden.
 - Ad) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 50 Fachschaftsmitglieder anwesend sind.
 - Ae) Beschlüsse werden ausser in den unter aufgeführten Fällen mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst.
 - B) Kompetenzen der MV

Nicht abtretbare Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:

 - a) Wahl des Fachschaftsrates aus der Mitte der Fachschaftsmitglieder
 - b) Bestimmung der Richtlinien für die Arbeit des Fachschaftsrates

tes im Rahmen der Fachschaftssatzung , der Fachschaftenordnung und der Satzung der Studentenschaft.

- c) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Fachschaftsrates
- d) Entlastung des Fachschaftsrates

Über Anträge von allgemeiner Bedeutung im Sinne des Artikels 1 der Satzung der Studentenschaft kann die MV durch Beschluss entscheiden.

(2) Fachschaftsrat:

A) Mitgliedschaft

- Aa) Ordentliche Mitglieder des Fachschaftsrates sind gemäss 3(1)B die von der Mitgliederversammlung gewählten Vertreter,
- Ab) Ausserordentliche Mitglieder sind die der Fachschaft angehörigen Studentenvertreter der Fachbereichs- und Institutsräte. Sie haben mit Ausnahme des Stimmrechts bei Beschlüssen des Fachschaftsrates gleiche Rechte wie ordentliche Mitglieder. Sie werden auf personengebundenen Beschluss der MV ordentlichen Mitgliedern gleichgestellt.
- Ac) Der Fachschaftsrat kann zwischen Mitgliederversammlungen Mitglieder kooptieren. Sie sind auf der nächsten MV nach der Koooption bestätigen zu lassen.
- Ad) Ausserordentliche Mitglieder gemäss 3(2)A können ebenfalls durch Koooption die Rechte ordentlicher Mitglieder erhalten. Für ihre Bestätigung durch die MV gilt die Regelung 3(2)Ac.
- Ae) Die Fachschaft des Sozialwissenschaftlichen Seminars besteht aus 10 Mitgliedern.
- Af) Der Fachschaftsrat fällt Entscheidungen mit einfacher Mehrheit.

B) Aufgaben

- Ba) Der Fachschaftsrat ist ausführendes Organ der Fachschaft und führt deren laufende Geschäfte.
- Bb) Er ist an die Beschlüsse der Mitgliedschaft gebunden und dieser zur Rechenschaft verpflichtet.
- Bc) Dem Fachschaftsrat obliegt die Organisation des Mentorenprogramms.
- Bd) Der Fachschaftsrat kann aus seiner Mitte einen oder mehrere Sprecher wählen, sowie Referenten für die einzelnen Arbeitsbereiche bestimmen.

IV. Stellung der Fachschaften in der stud. Selbstverwaltung

- 4. Der für Fachschaftsangelegenheiten zuständige Asta-Referent ist der Hochschulreferent. Für die Kassenangelegenheiten ist der Finanzreferent des Astas zuständig.
- 5. Der Hochschulreferent lädt zu Beginn eines jeden Semesters Vertreter aller Fachschaften zu einer Kontitagung ein. Die Kontitagung beschliesst über die Vergabe der Mentorengruppen an die einzelnen Fachschaften. Der Hochschulreferent legt der Kontitagung die Bewilligungsanträge der Fachschaften und einen Vergabeplan zur Beratung vor.
- 6. Fachschaften eines oder mehrerer Fachbereiche können zur Koordination ihrer Arbeit einen K-Ausschuss (Koordinationsausschuss) einberufen. Die K-Ausschüsse bestimmen ihr geschäftliches Verfahren selbst.

7. Die Kontrolle über die Einhaltung der Fachschaftenordnung ist Aufgabe des Studentenparlaments. Es entscheidet in Streitfällen über die Auslegung dieser Ordnung. Das Studentenparlament kann eine Fachschaft auflösen, wenn sie den Aufgaben, wie sie in dieser Ordnung sowie in der Satzung der Studentenschaft definiert werden, auf längere Dauer nicht nachkommt, insbesondere, wenn die Fachschaft während zweier aufeinanderfolgender Semester nicht tätig war. Über Anfechtung gegen Beschlüsse des SP gemäss 7 entscheidet der Ältestenrat der Studentenschaft nach Massgabe des Artikels 31 I der Satzung der Studentenschaft.

V. Kasse (s. gesondertes Blatt)

VI. Fachschaftssatzungen

8. "Die Fachschaftenordnung der Studentenschaft der Universität Hamburg ist für die Fachschaft des Sozialwissenschaftlichen Seminars verbindlich. Die anwendbaren Vorschriften der Fachschaftenordnung sind sinngemäss Teil dieser Satzung".
9. Diese Satzung muss durch die Mitgliederversammlung beschlossen werden. Satzungsänderungen geschehen mit Zweidrittelmehrheit.

VII. Auflösung der Fachschaft

10. Die Fachschaft ist aufgelöst, wenn die Zweidrittelmehrheit der Anwesenden einer beschlussfähigen MV oder das Studentenparlament gemäss 7. die Auflösung beschliesst. Widerspruch gemäss 7. ist möglich.

VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

11. Die dieser Satzung zugrundeliegende Fachschaftenordnung wird aufgrund des Artikels 34 der Satzung der Studentenschaft der Universität erlassen. Sie tritt am 1. August 1970 in Kraft.
12. Die bisher zugelassenen Fachschaften werden nach Einreichung ihrer Satzung bestätigt, sofern diese nicht grundsätzlich der Fachschaftenordnung widersprechen. Nähere Bestimmungen beschliesst das Studentenparlament.

Vorschläge zum Grundstudium in der Soziologie

Das Grundstudium müßte folgende 5 Funktionen erfüllen:

1. Die Vermittlung einer kritischen Perspektive anhand von Kategorien, die geeignet sind, den Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit im Spätkapitalismus zu analysieren.
2. Die Vermittlung von Grundkenntnissen über die Produktions-, Kontroll- und Sozialisationsagenturen im spätkapitalistischen Sozialstaat.
3. Die Vermittlung der philosophischen und methodologischen Grundlagen der Soziologie.
4. Die Ausbildung in den Methoden und Techniken der empirischen Sozialforschung.

Die 1. und 2. Funktion soll in der politökonomischen Ausbildung erfüllt werden.

Drei jeweils 2 semestrige Kurse wären vorzusehen:

1. Kurs A: Wirtschaft und Gesellschaft = Einführung in die Politökonomie sowie Grundlagen der Industrie- und Betriebssoziologie.
2. Kurs B: Staat und Gesellschaft = Einführung in die Verwaltungssoziologie, Staatstheorie, politische Soziologie.
3. Kurs C: Die Sozialisationsagenturen = Einführung in die Familiensoziologie, Psychoanalytische Soziologie und schichtenspezifische Sozialisation.

Die 3. und 4. Funktion soll in der sozialphilosophisch-wissenschaftstheoretischen Ausbildung erfüllt werden.

Das soll in 2 jeweils einsemestrigen philosophischen Kursen und 2 jeweils einsemestrigen Theorie-Kursen erreicht werden.

1. Philosophische Grundlagen der Sozialwissenschaft = Philosophische Anthropologie und Sozialphilosophie.
2. Wissenschaftstheorie = methodologisch-erkenntnistheoretischer Kurs, der die Stellung der Sozialwissenschaften im Rahmen der anderen Wissenschaften reflektiert, und mit Methoden vertraut macht, die in der Empirie-Ausbildung ausgespart bleiben (Hermeneutik, Phänomenologie).
3. Theorie I: Bürgerliche Soziologen = Geschichte der Soziologie anhand der bürgerlichen "Klassiker".
4. Theorie II: Kritische Theorie = marxistische Ansätze in der Soziologie, ausgehend vom soziologischen Gehalt des Marxschen Werks über die Frankfurter Schule bis zu neueren amerikanischen und osteuropäischen Ansätzen.

Die 5. Funktion wird in der Empirie-Ausbildung erfüllt, auf die ich hier nicht weiter eingehe.

Zur Didaktik der Grundausbildung:

Das Prinzip der Projektorientierung des Studiums läßt sich in der Grundausbildung nicht einheitlich durchhalten.

Der Stoff der Kurse sollte in vierzehntäglich gehaltenen, zweistündigen Vorträgen vermittelt werden.

Diese Vorträge können auch innerhalb desselben Kruses von mehreren Hochschullehrern gehalten werden. Politologen, Juristen, Ökonomen und Psychologen müssten sich an den Vorträgen beteiligen. Die Vorträge sollten allmählich zu Vorlesungsskripten verdichtet werden, die später nur noch verteilt zu werden brauchen, so daß sich der Vortragende ganz auf Ergänzungen, Kommentare und Fragen konzentrieren kann.

Sämtliche Teilnehmer der Kurse müssen gleichzeitig an Tutorengruppen teilnehmen, die idealiter nicht mehr als 10 Studenten umfassen dürften. Die Aufgaben dieser Tutorengruppen sind unterschiedlich je nach Kurs:

Blau umrandet = Kurs AI, Philosophische Grundlagen, Theorie I: In diesen Kursen wären die Arbeiten der Tutorengruppen auf Arbeit am Text beschränkt.

Rot umrandet = Kurs B, Kurs C, Empirie, Kurs A II: In diesen Kursen müßten alle Tutorengruppen eigene Übungsprojekte behandeln, beziehungsweise durch Exkursionen etc. unmittelbare Anschauung gewinnen.

Grün umrandet = Theorie II, Wissenschaftstheorie: Diese beiden Kurse können als einzige in Form einer klassischen Vorlesung und ohne Tutorengruppen abgehalten werden. Hier wird der Vortrag wöchentlich stattfinden und durch Fragen und Diskussionen begleitet, während in den anderen Kursen die Diskussion vor allem in den Tutorengruppen stattfindet.

Zum Schema der Grundausbildung

Das Schema der Grundausbildung geht davon aus, daß die Empireiausbildung so früh wie möglich einsetzen und abgeschlossen werden sollte. Abgesehen davon beginnt das Studium mit Politökonomie und philosophischen Grundlagen.

Die Zwischenprüfung nach dem Grundstudium sollte durch den Nachweis einer erfolgreichen Teilnahme an allen Kursen des Grundstudiums ersetzt werden, also durch Scheine, Die Scheine wären von den Tutoren auszustellen; sie sollten keine Zensur beinhalten.

Zeitplan

Rote Kurse:
(ohne Empirie)

1. Woche	2. Woche
2 St. Vortrag 2 St. Tutorial	4 St Projekt od. Diskussion

Blaue Kurse:

1. Woche	2. Woche
2 St. Vortrag 1 St. Tutorial	3 St. Tutorial

Grüne Kurse:

1. Woche	2. Woche
2 St. Vortrag + Diskussion	2 St. Vortrag + Diskussion

Daraus ergibt sich eine Belastung mit Wochenstunden für

- das 1. Semester = 10 Stunden
- das 2. Semester = 11 Stunden
- das 3. Semester = 12 Stunden
- das 4. Semester = 12 Stunden

Es wäre zu empfehlen, für die Vorträge jeweils einen bestimmten Wochentag zu reservieren, sodaß alle daran teilnehmen können, die interessiert sind

Personalbedarf

Man müßte den ganzen Zyklus jeweils nach 2 Semestern wieder neu beginnen, sodaß zu jedem Zeitpunkt die doppelte Besetzung notwendig ist. Im jeweils ersten Semester werden demnach 4, im jeweils 2. Semester 6 Hochschullehrer gebraucht.

Schema der Grundausbildung

Semester	politökonomisch-sozialkundliche Ausbildung	sozialphilosophisch-wissenschaftstheoretische Ausbildung	Empirie und Statistikausb.
1. W.-unden	Kurs A I: Wirtschaft und Gesellschaft blau	Philosophische Grundlagen der Sozialwissenschaften blau	
2. W.-unden	Kurs A II: (Wirtschaft und Gesellschaft) rot	Soziologische Theorie I: Bürgerliche Soziologen blau	
3. W.-unden	Kurs B I: (Staat und Gesellschaft) rot	Kurs C I: (Die Sozialisationsagenturen) rot	
4. W.-unden	Kurs B II: (Staat und Gesellschaft) rot	Soziologische Theorie II: Kritische Theorie grün	Wirtschaftstheorie grün

Göttingen, den 17.6. 70

M.Baethge - H.Kern - A.Kieser - D.Roscher

Überlegungen zum sozialwissenschaftlichen Eingangsstudium

I. Ziele des Eingangsstudiums

Die Entwicklung der bürgerlichen Sozialwissenschaften ist durch zunehmende Arbeitsteilung gekennzeichnet; dies findet seinen Ausdruck in der Etablierung voneinander isolierter Einzelwissenschaften, die sich durch unterschiedliche Gegenstände und Methoden voneinander abzugrenzen versuchen. Mit dieser verstärkten Arbeitsteilung droht den Sozialwissenschaften in zunehmendem Maße der Verlust ihrer kritischen Dimension: indem sich die Sozialwissenschaften mehr und mehr auf die Erarbeitung und Vermittlung von direkt verwertbarem Detailwissen beschränken, degenerieren sie zu bloßen Lenkungswissenschaften im Dienst kapitalistisch verfaßter Produktion. Diese Einbettung in den Verwertungsprozess bleibt unreflektiert, weil es den Sozialwissenschaften in ihrer Isolation als Einzeldisziplin schwerlich gelingen kann, eine Theorie der Gesellschaft zu entwickeln und ihre eigene Funktion in der Gesellschaft zu erkennen. Wollen sie nicht weiterhin den herrschenden gesellschaftlichen Kräften blind unterordnen, so ist eine Neubestimmung erforderlich, die vor allem die Prinzipien der Marxschen Wissenschaft aufgreift.

In dieser Situation muß ein dem Postulat kritischer Wissenschaft genügen des sozialwissenschaftliches Eingangsstudium zweierlei berücksichtigen:

- 1. es muß verzichten auf eine fachspezifische Differenzierung in einzelne Grundstudien;
- 2. es muß angelegt sein auf die Vermittlung eines Grundverständnisses der Gesellschaft unter Berücksichtigung des Marxschen Ansatzes.

Ein so ausgerichtetes Eingangsstudium würde den Studenten ein gemeinsames Problembewußtsein vermitteln, an dem sich ihre weitere wissenschaftliche und politische Arbeit orientieren kann. Gleichzeitig wäre eine (wenn auch noch unvollständige - vgl.III) Basis für die reflektierte Wahl des Hauptstudiums gegeben.

II. Grundkurse

1. Grundkurs

Entwicklung der Produktionssphäre: Der Prozess der kapitalistischen Industrialisierung und seine gesellschaftlichen Folgen

Begriff und Funktionsweise der kapitalistischen Produktion - Entstehung und Entwicklung des Frühkapitalismus (auch unter Berücksichtigung nationaler Unterschiede) - gesellschaftliche Folgen: Polarisierung in Klassen, deren Situation und Interessen - Klassenkämpfe - frühe Sozialpolitik - Entwicklung der Produktivkräfte im kapitalistischen System - extensive Ausbeutung/ intensive Ausbeutung - Entwicklung der Klassenstruktur (Polarisierung oder Differenzierung?) - Monopolisierungstendenzen - Imperialismus - organisierter Kapitalismus

2. Grundkurs

Entwicklung des politischen Herrschaftssystems:

Die Rolle des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft

Das Produktionsverhältnis und seine gesellschaftlichen Folgen - liberaler Rechtsstaat als adäquates politisches Herrschaftssystem der kapitalistischen Gesellschaft - Entwicklung der kapitalistischen

Produktionsverhältnisse - Struktur- und Funktionswandel des politischen Herrschaftssystems (Funktionsverlust des Parlaments; Erstarren der staatlichen Bürokratie und der Parteiorganisationen) - Imperialismus - Faschismus - Funktion des Staates im organisierten Spätkapitalismus (Wirtschaftspolitik - Sozialpolitik - Infrastrukturpolitik)

3. "Wissenschaftstheoretische Probleme in den Sozialwissenschaften"

Die beiden Grundkurse sollen die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in der Weise darstellen, daß die reale Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ständig schon in Verbindung mit den sozialwissenschaftlichen Versuchen ihrer Erfassung und Interpretation sowie der ideologischen Verformung von Sozialwissenschaft durch die Indienstnahme durch Herrschaftsinteressen behandelt wird. Da dieser Rekurs auf die Sozialwissenschaft - dem Charakter einer Einführung entsprechend - nur jeweils ansatzweise geschehen kann, erscheint es uns sinnvoll und notwendig, zur besseren Einarbeitung in grundlegende sozialwissenschaftliche Erkenntnisweisen einen wissenschaftstheoretischen Ergänzungskursus anzubieten. Dieser sollte die Funktion haben, ein erstes Problembewußtsein für unterschiedliche wissenschaftliche Positionen zu wecken. Demgemäß wäre hier als sinnvolles Vorgehen vorzuschlagen, aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Objektbereichen (Ökonomie, Soziologie, Politikwissenschaft) zentrale Ansätze kritisch zu konfrontieren. Als Beispiele etwa: in der Ökonomie Gegenüberstellung der Ansätze von Marx und Keynes, in der Soziologie Konfrontation der Ansätze von Marx und Max Weber, in der Politikwissenschaft Gegenüberstellung einer marxistischen Ideologiekritik mit einer positivistischen verfahrenen Wissenssoziologie, im Bereich der Sozialphilosophie die Marxsche Anthropologie (und ihre Weiterentwicklungen) gegen die konservative Anthropologie Arnold Gehlens.

III. Wissenschaftspropädeutische Ergänzungen

Neben dem Hauptziel des Eingangsstudiums, sich ein kritisches Grundverständnis von Sozialwissenschaft zu erarbeiten, erscheint es uns zweckmäßig, eine erste Vermittlung von analytischem Instrumentarium, das in allen von uns zusammengefaßten Sozialwissenschaften Bedeutung hat, anzustreben. Zu diesem Zweck schlagen wir ein Blockseminar

"Sozialstatistik"

vor, in dem den Studenten grundlegende Verfahren und Probleme der Statistik und (evt.) empirischen Sozialforschung mit dem Ziel nahegebracht werden sollten, daß er Statistiken und empirische Untersuchungen kritisch in seinem weiteren Studium verarbeiten kann und gleichzeitig ein instrumentelles Grundwissen hat, auf dem in den Fachdisziplinen dann die notwendigen Vertiefungen ansetzen können.

Als weitere Ergänzung könnten Kolloquiums - Vorlesungen über aktuelle Probleme der Berufssituation unterschiedlicher sozialwissenschaftlich angeleiteter gesellschaftlicher Tätigkeiten zu einer rationaleren Studienentscheidung nach Abschluß des Eingangsstudiums beitragen. Sie hätten die Funktion, die entsprechenden Tätigkeiten in ihrer historischen Entwicklung, in bezug auf ihre wissenschaftlichen Voraussetzungen und in ihrer gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausprägung transparent zu machen. Damit könnten sie zugleich einen weiteren Beitrag zum Verhältnis von Sozialwissenschaften und bürgerlicher Gesellschaft leisten.

IV: Zur Methodik der Lehrveranstaltungen im Eingangsstudium

Die von uns vorgeschlagenen Grundkurse (vgl. Punkt II, 1., 2., 3.) verstehen wir nicht im Sinne traditionaler Seminare mit ihrer engen zeitlichen Begrenzung auf 2 - 4 Wochenstunden, sondern gleichsam als Unterrichtseinheiten, in denen unterschiedlich strukturierte Lehrveranstaltungen und Vermittlungsmethoden zur Anwendung kommen müssen. Als methodisches Grundprinzip sollte hier die Arbeitsgemeinschaft oder die Übung mit geringer Teilnehmerzahl angesetzt werden. Jeder Grundkurs würde sich u.E. aus mehreren solchen Arbeitsgemeinschaften zusammensetzen, die in sich sowohl thematisch als auch methodisch unterschiedlich strukturiert sein können. So wäre es beispielsweise möglich, neben intensiven Übungen, in denen auf Seiten der Lehrpersonen die verschiedenen Fachdisziplinen im "team-teaching" vereinigt sind, extensive Lektürekurse laufen zu lassen. Eventuell sind auch zur Verbesserung des Informationsniveaus Colloquiums-Vorlesungen miteinzubeziehen. Das Programm für die Grundkurse ist im einzelnen später nach den skizzierten Grundlinien zu entwickeln.

Leistungsnachweise und Zertifikate schienen uns dem Sinn des ersten Studienjahrs zu widersprechen, da es sich um eine vorfachwissenschaftliche Phase handelt - (allenfalls für das Blockseminar "Sozialstatistik" wäre möglicherweise eine Erfolgsbestätigung sinnvoll). An die Stelle von Leistungsnachweisen sollte eine intensive Beratung der Studenten durch Tutoren, Assistenten und Professoren treten, die im Gruppen- und/oder individuellen Gespräch beraten und fachliche Verständnisprobleme wie Probleme der endgültigen Studienentscheidung diskutieren.

Über die zeitliche Abfolge der Kurse läßt sich detailliert erst bei der Erarbeitung der endgültigen Curricula etwas sagen. Hier genügt die Feststellung, daß die beiden ersten Grundkurse parallel vom Anfang an laufen und der Theoriekursus dagegen zeitlich versetzt im zweiten Teil des Eingangsstudiums beginnen sollte. Das Blockseminar "Sozialstatistik" sollte als 4 - 6 wöchiger Ferienkursus eingerichtet werden.

A. Didaktische Prinzipien

Die Einsicht in die politische Funktion von Wissenschaft und Universität sowie Erkenntnisse der Lernpsychologie zwingen zur Formulierung didaktischer Prinzipien, aufgrund deren sich dann tradierte Studiengänge umstrukturieren lassen. Didaktik ist folglich nicht mit Methodik (als pädagogischem Raffinement) zu verwechseln.

Akzeptiert man, daß sich didaktische Fragestellungen innerhalb des Dreiecks von gesellschaftlichen und individuellen Interessen (wozu?), der Wissenschaftsorganisation (wie?) und der Lehrinhalte (was?) bewegen, dann lassen sich 3 didaktische Prinzipien entwickeln.

I. Gegen das bislang an Schule und Universität praktizierte Verfahren des "Einpaukens" analytischer Schemata und methodisch unreflektierter Informationen ist eingewendet worden, daß damit weder den Erfordernissen zunehmend komplexer werdender Berufspositionen entsprochen wird noch der emanzipative Anspruch der Wissenschaft (auf politische Veränderung) eingelöst wird. Wissenschaftliche Arbeit hat dagegen "reflexiv" zu geschehen. Die Aufgabe der Universität ist es dementsprechend den Studenten Reflexionsvermögen beizubringen. Im Gegensatz zum "Einpauken" (und dem entsprechenden "Abfragen" in der Prüfung) meint Entwicklung von Reflexionsvermögen, daß die Konstruktion sowie der Geltungsgrund von Theorien, in deren Rahmen Informationen (qua Interpretationen) erst überprüfbar werden, diskutiert werden müssen. Das schließt von vornherein die Indoktrination in bestimmten theoretischen Ansätzen aus. Mittels eines solchen Ansatzes läßt sich eine erste Bestimmung dessen, was relevanter Lernstoff ist, geben (z.B. für Juristen die Theorie des liberalen Rechtsstaats). Damit ist zugleich die Abkehr vom Prinzip des Lernens zugunsten des Lernens verbunden. Die Studenten werden so befähigt, bestimmte Informationen bzw. Interpretationen als ideologisch abzuweisen (d.h. zu politisch rational handelnden Individuen) als auch für ihre spezifische Berufspositionen Innovationsprozesse reflexiv und nicht adaptiv (oder überhaupt nicht zu vollziehen).⁽¹⁾

II. Für die Organisation des Studiums folgt daraus, daß keine Veranstaltungen rezeptiven Charakters (Vorlesungen) mehr stattzufinden haben. Die Mängel des Vorlesungsbetriebes (keine Diskussion, ungleiche Lernbedingungen für den einzelnen, keine Gruppensolidarität) sind zu bekämpfen, als daß ihre Beseitigung hier breit erörtert werden müßte. Für die Arbeit der Gruppen (mit max. 15 Mitgliedern) dürfte sich der demokratische sozialintegrative Führungsstil bewährt haben. (näheres kann später ausgeführt werden) Vorlesungen können ausnahmsweise nur noch die Funktion haben, Forschungsergebnisse oder Literaturberichte zu referieren sowie einführende Informationen für Studienanfänger zu vermitteln.

(1) Versuch den Studenten auf diese Weise zu eigenständiger theoretischer Arbeit anzuleiten, sodaß sich damit zugleich die Entwicklung von intrinsischer Motivation erreichen läßt. Durch das Bewußtmachen der Schulsozialisation (Lernen nicht wegen Probleminteressen, sondern wegen bestimmter Gratifikationen) und der Unwissenschaftlichkeit des vorhandenen Informations- und Interpretationsniveaus ist die für wiss. Lernformen notwendige Verunsicherung (Identitätskrisen) zu erreichen. Die damit verbundenen Frustrationen sind durch Gruppenarbeit, d.h. gemeinsame Erfahrung der Frustration zu neutralisieren und für kreative Lernprozesse fruchtbar zu machen.

III. Wegen der auch vom Spezialisten kaum noch überschaubaren Zahl von Informationen, kann das Studium nicht darauf gerichtet sein, einen vollständigen Überblick über alle relevanten Probleme zu geben. Vielmehr wird man versuchen müssen. Vielmehr wird man versuchen müssen wissenschaftliche Arbeitsteilung produktiv rückgängig zu machen. Als Darstellungsprinzip bietet sich hierfür das exemplarische Lernen an. Dabei werden Konstruktion und Geltungsgrund eines theoretischen Ansatzes zur Analyse angeboten. Das hierbei erlernte läßt sich auf andere Problemlagen transferieren. Konkret kann der exemplarische Wert bestimmter Theorien nur im Einzelfall nachgewiesen werden.

B. Die einzelnen Grundkurse des Grundstudiums

Ausgehend von den oben formulierten didaktischen Prinzipien sowie von den in unserem paper 1 angegebenen 3 Zielorientierungen des Grundstudiums (politische Handlungsorientierung, Rationale Wahl des Hauptstudiums, Entwicklung eines gemeinsamen Problemhorizonts für spezialisierte Berufspositionen) sollen in folgenden Begründungen und Präzisierungen des Grundstudiums geliefert werden.

I. Wandel des Politischen Systems: vom liberalen Rechtsstaat zum Interventionsstaat (historischer Aspekt)

Dem im paper 1 formulierten Zielorientierungen und dem Anspruch auf Exemplarität entspricht es, das theoretische Fundament heutigen Politikverständnisses - kapitalistische Gesellschaftsordnung und Parlamentarismus - als Ausgangspunkt der Arbeit zu nehmen. Als theoretische Grundlage der 3 Fachgebiete (Soziologie, Ökonomie, Rechtswissenschaft) ist diese Thematik gleichermaßen relevant. Für den politischen Soziologen bedarf dies keiner Erläuterung. Für den Ökonomen ist es evident, daß sowohl bezüglich der Genesis der VWL (sog. Dogmengeschichte) sowie der Revidierung bislang gängiger Wirtschaftspolitik und volkswirtschaftlicher Grundbegriffe ohne die Theorie des Liberalismus und deren Kritik nicht auszukommen ist. Für das Verständnis juristischer Probleme schließlich ist heute noch die liberale Gesellschafts- und Staatstheorie notwendiger Ausgangspunkt, um die zu Dogmen geronnenen Probleme durchschaubar zu machen.

Dem Prinzip des Reflexionswissens entsprechend kann die Diskussion nur an der Analyse verschiedener theoretischer Ansätze in bezug auf den oben angesprochenen Problembereich ansetzen. Besonders geeignet dürften hierfür zwei im Ansatz identisch erscheinende, auf jeden Fall in der politischen Konsequenz divergierende Ansätze wie die von Habermas (Strukturwandel der Öffentlichkeit, Student und Politik) und F. Neumann (demokratischer und autoritärer Staat) einerseits und Carl Schmidt (Verfassungslehre, Begriff des Politischen) andererseits sein. Beide Textgruppen stellen ausführlich das der bürgerlichen Sozialphilosophie immanente Postulat der Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen dar. Bei der ideologiekritischen Analyse (gleichsam von links und rechts) lassen sich die verschiedenen Prämissen (Reduktion von Herrschaft nur unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen - Ausnahmezustand als Existenzbeweis) aufzeigen. Daran lassen sich zugleich die beiden Reaktionen auf den Liberalismus (Sozialismus - Faschismus) nachweisen, nicht zuletzt im politischen Engagement der Autoren.

Ausgangspunkt der Texte ist der Struktur- und Funktionswandel des pol. herrschaftssystems, das als liberaler Rechtsstaat in der Form der parlamentarischen Demokratie bezeichnet wird.

Dieser Wandel stellt sich zunächst dar als Funktionsverlust des Parlaments und der bürgerlichen Öffentlichkeit zugunsten der staatlichen Bürokratie,

- und zugunsten der Parteiorganisationen innerhalb und außerhalb des Parlaments
- wobei beide Aspekte dieses Funktionsverlustes wiederum überlagert werden von der Mediatisierung des politischen Herrschaftsapparates durch organisierte Macht- und Einflußgruppen.

Als wichtiges korrelat dieser Veränderung wird die Verschränkung von staatlichem Herrschaftsapparat und autonomen gesellschaftlichen Bereichen genannt (Verhältnis Politik und Wirtschaft)

Im Rahmen dieses Wandels wird der Funktionswandel normativer Regelungen (Gesetz) sowie deren institutioneller Absicherung (Justiz) diskutiert

Zur Erklärung des Wandels wird das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialstruktur und politischem System herangezogen.

II. Makrosoziologie (systematischer Aspekt)

Interaktion des politischen Systems mit anderen gesellschaftlichen Bereichen.

- 1.. Organisation des politischen Systems (Verbände, Parteien, Verwaltung)
Organisationssoziologie
2. Herrschaft (Planung, Manipulation)
- 3.. Legitimation politischer Entscheidungen (Parteien, Verbände, Wahlen
Parlament, Öffentlichkeit, Recht, Ideologiem etc.)
- 4.. Klasse, Schicht

In einer hochkomplexen Gesellschaft ist es notwendig, den Problemhorizont der Studierenden um die gesamtgesellschaftliche Dimension zu erweitern - nicht nur der besseren Berufsorientierung (im Sinn einer engen Berufsperspektive) wegen, sondern auch um bewußtere Wahl politischer Strategien z u ermöglichen.

In Kurs II "Makrosoziologie" sollte in einer ersten, intensiv Informationen vermittelnden Phase die Organisation des politischen Systems Schwerpunkt der Studien sein. (Diese Informationsvermittlung soll nicht nur rezeptiv sein, sondern die zur Organisierung von Fakten verwandten Konzepte für Kritik offen halten.) Unter strukturellem Aspekt wären Analysen von Verbänden, Parteien und der Verwaltung zu diskutieren. Bereits hier ist vorab anzudeuten, welche Interessen über Verbände und Parteien auf Entscheidungsprozesse der Verwaltung einwirken - besonders aber auch welchen Organisationsstrukturen mit welchen Einflußchancen einhergehen. Kern dieser ersten Phase sollte die Durchleuchtung der Produktion verbindlicher Entscheidungen sein.

In einer 2. Phase (Herrschaft) sind die vermittelten Informationen zu problematisieren. Hier sollte deutlich werden, welche Wirkungen Planungsakte oder ad hoc-Eingriffe des politischen Zentrums in andere gesellschaftliche Bereiche haben..

Zu fragen ist etwa, welche Interessen sich hinter dem Postulat der Strukturadäquanz der Eingriffe verbergen, welche alternativen Strategien durch eine herrschende Definition der Strukturadäquanz abgeschnitten werden. Ferner muß die faktische, längerfristige Wirkung staatlicher Regulierung von Gesellschaft (oder deren Defekte) an Kriterien gesamtgesellschaftlicher Lernfähigkeit gemessen werden (Beispiel Bildungskrise).— Ebenso wie die Produktion von Entscheidungen muß problematisiert werden, wie staatliche Gewalt sich für diese Herrschaftsakte Konsens beschafft. Zu fragen ist nach der Funktion von Manipulation: welche Herrschaftsakte werden rein manipulativ, welche teilweise auch durch eine Erhöhung der Partizipationsrate der Unterprivilegierten legitimiert?

Diese Fragestellung erfordert: in der dritten Phase wieder eine intensivere Vermittlung von Informationen. Die Strukturen verschiedener Instrumente der Legitimationsbeschaffung müssen so detailliert vermittelt werden, daß Einsicht in deren Filterfunktion gegenüber den Bedürfnissen der Menschen möglich wird. Ebenso müßten die in ihrer Bedürfnisartikulation privilegierten Menschen konkret bezeichnet werden. Neben organisatorischen Instrumenten der Legitimationsbeschaffung wären auch Legitimationsstrategien zu diskutieren - etwa am Vergleich von Recht und Ideologie als Alternativen. Als Dimension des Vergleichs bietet sich dabei die Ausblendung (oder Nichtausblendung) von Politik aus dem legitimierenden Argumentationszusammenhang an.

Doch auch die Filterfunktion der Instrumente der Legitimationsbeschaffung muß problematisiert werden. Zu untersuchen wäre in der 4. Phase, ob nicht - statt der gefilterten Berücksichtigung authentischer Bedürfnisse - die Verstümmelung und Präformierung der Bedürfnisse in den Bereichen der primären und sekundären Sozialisation für unsere Gesellschaft dominant ist. Das erfordert eine Analyse der schichtenspezifischen Verteilung von Erziehungsmustern, die etwa über unterschiedliche Apathie unterschiedliche Lebens- und Partizipationschancen produzieren. Zu untersuchen wäre weiterhin, nach welchen Erfordernissen Erziehungsmuster entstehen. Die Hypothese eines Sozialisationszirkels "Arbeitswelt - Familie" verweist auf diejenigen, die Erziehungsprozesse immer noch strukturieren, auf die Besitzer der Produktionsmittel und damit auf die Existenz gesellschaftlicher Klassen.

Unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Verteilung von Sozialisationsmustern läßt sich der systematische Zusammenhang von Kurs II und III herstellen.

III. Mikrosoziologie

Schwerpunktbereiche:

1. Sozialisation und Gesellschaft (individualpsychologischer Ansatz)
Freudsches Modell
Modell der gelungenen Interaktion
2. Soziales Verhalten in Organisationen (sozialpsychologischer Ansatz)
Systemmodell der Organisationsanalyse
Modell sozialer Ansprüche, Bedürfnisse und Standarts

Der Grundkurs Mikrosoziologie soll 2 Lernziele kombinieren.

1. Die Berufspraxis aller Absolventen der gesellschaftswissenschaftliche Studiengänge ist in ein Netz formaler Zwänge eingebaut. Jeder einzelne wird seine Kenntnisse in die Grenzen seines Arbeitsbereiches einbringen, seine Bedürfnisse entlang organisatorisch vorgezeichneten Erfolgserwartungen bilden, gegen den Widerstand autoritärer und

konformitätsgewohnter Bürokraten seine Ansprüche durchsetzen müssen. Das Ziel der Emanzipation verweist auf einen Kranz von Bedürfnissen die reflexiv gewandt zur Autonomie der eigenen Motive führen.

2. Die soziale Stellung, in die Hochschulabsolventen entlassen werde überträgt ihnen Entscheidungen mit sozialen Konsequenzen. Das gilt für justizielle, administrative und planerische Tätigkeiten. Das Ziel demokratischer Entscheidungen, die erst politisches Bewußtsein möglich machen, kommt überhaupt erst in den Blick, wenn die Abhängigkeit von Willensbildung und Personalstruktur theoretisch durchschaut wird.

Der Kurs soll also erstens die Einsicht in die eigene Stellung in dem organisierten Prozess der Willensbildung, Entscheidung und Planung vermitteln und zweitens einen Begriff der Folgen der Organisationsentscheidungen für die betroffenen Individuen geben.

Im Themenbereich des ersten Zieles wären, anknüpfend an die Diskussion der Verteilung der Lebenschancen in der Klassengesellschaft, folgende Sachverhalte darzustellen und kritisch zu diskutieren:

1.. ungleiche Verteilung der Bildungschancen und Folgen für die Bedürfnisbildung der Unterprivilegierten; umgekehrte Folgen der Selektivität in weiterführenden Schulen für Ideologiebildung, Elitentheorie, Legitimationszwang.

2.. Einfluß autoritärer Erziehung (in Familie, Schule, Betrieb) auf soziale Einstellungen, Vorurteilsbildung, soziale Normen.

3. Einfluß der Ungleichverteilung der Lebenschancen in bestimmten Milieus auf die Persönlichkeitsstruktur, Erklärung des abweichenden Verhaltens, sog. soziale Bewegungen.

4. Modell sozialer Bezugsgruppen und Folgen für die sozial sanktionierten Werte (Erfolg, Effizienz, Karriere)

5. Konzepte des Bezugs struktureller Konstanten (Klassengesellschaft, Privatkapitalismus, ungleiche Lebenschancen) auf die Persönlichkeit.

Im Themenbereich des 2. Ziels, anknüpfend an die Darstellung des Ideals der liberalen Gesellschaft liegen folgende Komplexe:

1.. Ansätze zur Beschreibung formaler Organisationen (Input-Output-Modell, Systemmodell, Interaktionsmodell)

2. Folgen der hierarchischen Organisation bei alternativen Modellen des Entscheidungsprozesses (Team von personeller Zuständigkeit, flache und breite Hierarchie, Diskussion von Vetorecht etc.)

3. Kontrolleleistung; ~~Kont~~ Personal bzw. Betriebsrat, Technologie und Arbeitsorganisation.

4. Umweltsabhängigkeit des Entscheidungsprozesses (richterliche Entscheidung vor der Revisionsinstanz, human-relations und Marktzwangsplanung und Hobbies) und Folgen; Legitimationslast und demokratische Kontrolle

5. Informationsprozess: personale Spannungen und Folgen für die Durchlässigkeit der organisierten Wege.